

KOMMENTARE

KARIKATUR

PRESSESTIMMEN

Strom: Parteien verkaufen Bürger für dumm
Als-ob-Politik

Die Bundesregierung will Schluss machen mit der Abzocke der Stromkunden durch Subventionsjäger: Die satten Renditen der Solar- und Windparkbetreiber für das Einspeisen von teurem Ökostrom sollen gekürzt, von der Öko-Umlage befreite energieintensive Unternehmen zur Kasse gebeten werden. Auch die FDP, die ehrgeizigere Pläne verfolgte und richtigerweise nur noch Kleinanlagen privater Solarstromerzeuger fördern wollte, statt die Subventionsindustrie zu mästen, schwenkte zuletzt auf den Kompromisskurs von Umweltminister Altmaier ein. Alles gut, alles richtig. Nur: Warum kommt Schwarz-Gelb erst jetzt damit um die Ecke, wo nach dem Niedersachsen-Fiasco ihre Mehrheit zur Durchsetzung dieser Pläne futsch ist? Im Bundesrat werden Union und FDP heute ein Waterloo erleben.

Das Strom-Manöver zum Ende der Legislaturperiode erinnert fatal an die Steuer-Havarie zu Beginn der schwarz-gelben Regierungszeit: Damals wollte Merkels Bündnis die Bürger von der kalten Progression befreien, also den schleichenden Steuererhöhungen, die sogar dann zuschlagen, wenn die Löhne preisbereinigt überhaupt nicht steigen. Dummerweise wartete man mit der guten Tat, bis die Linke nach der NRW-Wahl eine Veto-Mehrheit in der Länderkammer hatte. Auch jetzt werden sich SPD und Grüne hüten, der Kanzlerin kurz vor der Wahl einen Erfolg zu bescheren. Dafür ist ihnen kein Unsinn zu hanebüchen. Die Warnung vor einem „Anschlag auf die Energiewende“ gehört ja schon zur rot-grünen Folklore. Dabei halten SPD und Grüne nur ihre schützende Hand über die mit ihren Gefolgsleuten durchgesetzte Öko-Industrie.

Es ist diese Als-ob-Politik, die viele Bürger abstößt und oft genug auch von den Wahlurnen fernhält: Schwarz-Gelb täuscht Handeln vor, schiebt den anderen den Schwarzen Peter zu, demonstriert aber in Wahrheit nur, dass die Kanzlerin eine lahme Ente geworden ist – und Rot-Grün bemüht tausend Ausflüchte, um Merkel nicht die Hand zu einer Strompreiskontrolle reichen zu müssen. Die Dummen sind die Bürger, für die Energie bald unbezahlbar wird. Sie sind die Einzigen, die in diesem Land keine Lobby haben.

Georg Anastasiadis
Sie erreichen den Autor unter
Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

Pferdefleischskandal erreicht Bayern
Reichlich billig

Na klar, der deutsche Verbraucher, der immer nur „billig, billig“ will, ist selbst schuld, wenn ihm Pferde-Lasagne vorgesetzt wird. Mit Verlaub, auch diese Erklärung ist reichlich billig. Hunderttausende schieben sich tagtäglich schnell mal ein Tiefkühlgericht in den Ofen, weil sie weder Zeit noch Geld noch Lust haben, um aufwendig zu kochen und dabei womöglich auch noch auf Spitzenqualität aus der Region zu achten. Warum auch nicht?

Der Pferdefleisch-Skandal betrifft schließlich nicht irgendwelche dubiosen Hinterhofhändler, sondern die Creme der deutschen Supermarktketten. Bei Tengelmann, Edeka & Co. fühlt sich nun wirklich niemand zu Misstrauen verpflichtet. Es wird auch niemand für ein paar Euro Premium-Qualität erwarten. Wenn aber Etikett und Inhalt nichts miteinander zu tun haben, dann ist das schlicht Betrug. Und es kann nicht Aufgabe des Kunden sein, detektivisch der Herkunft seiner Lebensmittel nachzuforschen.

Offensichtlich ist doch: Wenn sensible Nahrungsmittel auf verschlungenen Pfaden durch zahllose Hände vagabundieren, dann steigt mit jeder Schaltstelle die Wahrscheinlichkeit von Manipulationen. Die Handelsketten selbst sind, Gesetz hin oder her, in der Pflicht, die Wege ihrer Produkte übersichtlich und transparent zu halten und gegenüber dem Kunden zu dokumentieren. Damit der entscheiden kann, wovon er besser die Finger lässt. DNA-Tests für Lasagne jedenfalls sind vor diesem Hintergrund ein groteskes Zeichen der Hilflosigkeit.

Lorenz von Stackelberg
Sie erreichen den Autor unter
Lorenz.Stackelberg@merkur-online.de

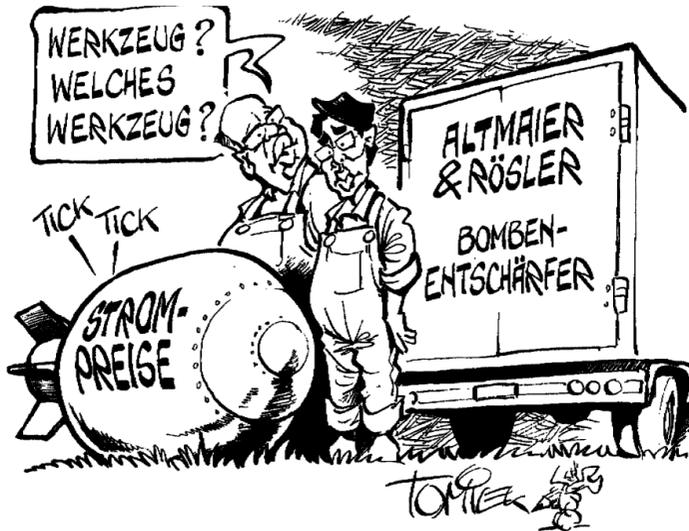
Kein Sitzenbleiben mehr in Niedersachsen
Nur noch kuschelig

Niedersachsens Kindern soll es künftig besser gehen, und deshalb will die neue rot-grüne Landesregierung das Sitzenbleiben verbieten. Klingt nach Entspannung: kein Notenstress, keine Panik wegen nicht gelernter Vokabeln, kein Ärger mit den Eltern – die Schule als Kuschelcke lustvollen Lernens.

Das Problem ist nur: Lernen ist Mühsal. Für manche mehr, für manche weniger. Und im Leben nach der Schule ist Leistung angesagt. Bekanntermaßen klagen viele Lehrbetriebe schon heute über die mangelnden Fähigkeiten ihrer Azubis. Sprich: Hier muss nachgeholt werden, was in der Schule versäumt wurde und was mit zunehmendem Alter gewiss nicht leichter wird.

Natürlich kann man über die Effizienz einer wiederholten Klasse streiten, diese Diskussion wird ja schon seit Jahrzehnten geführt. Sicher ist alles, was Sitzenbleiben vermeidet, ein Gewinn. Förderung muss zielgerichtet und vor einer drohenden Anhäufung von Fünfen ansetzen. Alles richtig. Nur, wie soll man einem Schüler, der Lernen verweigert, klarmachen, was das für Folgen hat? Leistungsuntergrenzen abzuschaffen bedeutet auch, Leistung nicht mehr zu honorieren. Das kann aber nicht das Ziel von Bildung sein.

Monika Reuter
Sie erreichen die Autorin unter
Monika.Reuter@merkur-online.de



Teamwork

ZEICHNUNG: TOMICEK

JETZT SCHALTET SICH AUCH DER BUNDESRAT EIN

Privates Trinkwasser: Später Aufschrei

Die EU will den Wettbewerb bei der Trinkwasserversorgung fördern – mit Unterstützung der Bundesregierung. Gegner warnen vor einer Privatisierung. Jetzt soll der Bundesrat einschreiten.

VON CARINA LECHNER

Brüssel/München – Ist die bayerische Trinkwasserversorgung bald in der Hand von Konzernen? Seit der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments kürzlich eine Richtlinie durchgewunken hat, die einige kommunale Wasserversorger zu Ausschreibungen verpflichtet, geistert das Schreckgespenst herum. In Bayern schimpfen sich Politiker aller Parteien die Seele aus dem Leib, und CSU-Minister fordern ein Eingreifen der Bundesregierung. Aber warum wurde die Notbremse nicht früher gezogen? Möglichkeiten gab es offenbar. Doch von Anfang an.

Die Bundesregierung unterstützt den Plan

EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier, ein Franzose, will die Vergabe von Konzessionen für den Wettbewerb öffnen – auch beim Trinkwasser. Die Folge wäre, dass kommunale Wasserversorger, die mehr als 20 Prozent des Umsatzes außerhalb ihres Gebietes erzielen, die Dienstleistung ausschreiben müssten. Die Münchner Stadtwerke zum Beispiel wären betroffen, könnten die Pflicht aber umgehen, indem sie die Wasserversorgung in ein extra Unternehmen ausgliedern.

In Deutschland findet dieser Plan wenig Anhänger: „Brüssel muss nicht alles regulieren“, sagt zum Beispiel Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU). Deshalb sei die Union dagegen. Und doch unterstützt die Bundesregierung Barnier bislang – auch mit den Stimmen von CSU und CDU. Der EU-Ministerrat gab am 10. Dezember 2012 grünes Licht. Das zuständige FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium hatte den „stellvertretenden Ständigen Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union in Brüssel“, so der sperrige Titel des Beamten Guido Peruzzo, in die Sitzung geschickt. Dieser stimmte für die Richtlinie – so stand es auf dem Sprechzettel, den man ihm in die Hand gedrückt hatte. Der bayerische Grünen-Abgeordnete Martin Runge, der schon 2008 mit einem Dringlichkeitsantrag im Landtag vor einer Einmischung der EU-Kommission in die kommunale Daseinsvorsorge gewarnt hat, sagt:



Sicheres Trinkwasser aus der Leitung: Gegner einer Privatisierung fürchten, dass gewinnorientierte Konzerne an Instandhaltung und damit an der Qualität sparen würden. DPA

„CDU und CSU hätten im Dezember dagegenhalten müssen.“ Doch das ist nicht geschehen.

Treibende Kraft in den Vorverhandlungen waren die Liberalen, die sich gegen den Koalitionspartner durchsetzen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Georg Nüßlein, schimpfte nach dem Beschluss in einer Sitzung Ende März 2012 kräftig: „Die FDP-Kollegen lesen in der Begründung der Kommission nur ‚mehr Wettbewerb‘ und schreien Hurra.“ Nüßlein sagte auch, dass man die Richtlinie für überflüssig und kontraproduktiv halte. Und doch schloss man sich der Haltung der FDP an. Die ließ übrigens auch die Bitte des Parteikollegen Martin Zeil unbeeindruckt abtropfen: Das bayerische Wirtschaftsministerium hatte gefordert, die Wasserversorgung doch bitte aus der Richtlinie herauszunehmen.

Nach dem EU-Beschluss Ende Januar war der öffentliche Aufschrei groß. Bayerns

Der Gemeindetag will klagen

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) schnappte sich am Rande der Sicherheitskonferenz in München EU-Kommissar Barnier – und forderte nach eigenen Angaben „nachdrücklich, dass die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen wird“. Auf bayerische Initiative hin beschäftigt sich auch der Bundesrat, der die EU-Kommission wegen der Richtlinie schon vor einem Jahr gerügt hatte, erneut mit dem Thema: Gestern sprach sich der vorbereitende Innenausschuss einstimmig für die Herausnahme des Trinkwassers aus – allerdings sitzt in dem Gremium auch kein einziger FDP-Vertreter. Heute berät sich der EU-Ausschuss des Bundesrats: Der Beamte, der Bayerns Europaministerin Emilia Müller (CSU) vertritt, wird ebenfalls für die Ausnahme stimmen. Die beiden Empfehlungen werden dem Bundesrat am 1. März vorgelegt – möglicherweise ändern sie die Position, mit der die Bundesregierung künftig in Brüssel verhandelt.

Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, sagt: „Die Bundesregierung hat keine Möglichkeit mehr, das aufzuhalten.“ Nur im Europäischen Parlament könne die Richtlinie noch verhindert werden. Das sieht EU-Experte Weidenfeld anders (siehe Interview). Sollte die Richtlinie beschlossen werden, hat der Bayerische Gemeindetag eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof angekündigt.

INTERVIEW

„Das wäre ein spektakulärer Vorgang“

Professor Werner Weidenfeld ist am Münchner Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft Experte für die Europäische Union. Wir sprachen mit ihm über Möglichkeiten, die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung zu stoppen.



Werner Weidenfeld

■ **Professor Weidenfeld, kann die Bundesregierung die umstrittene EU-Richtlinie jetzt noch verhindern?** Aber sicher. Die Bundesregierung kann gegen alles vorgehen, solange eine EU-Richtlinie nicht von allen unterschrieben ist. Es macht auf jeden Fall Sinn, die Bundesregierung zur Intervention aufzufordern. Eine Alternative wäre, die Mehrheiten im Parlament zu mobilisieren – das muss schließlich auch noch zustimmen.

■ **Oder man baut auf die Bürgerinitiative „Right2water“.** Sie fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Wasserwirtschaft von

der Liberalisierungsagenda zu streichen.

Ja. Das wäre ein historischer und spektakulärer Vorgang – so etwas gab es noch nie. Das Instrument gibt es erst seit dem 1. April 2012.

■ **Die Initiative hatte gestern schon 1,1 Millionen Unterschriften. Sie könnte tatsächlich erfolgreich sein – wie würde sie die Politik beeinflussen?**

Erfüllt sie alle formalen Voraussetzungen, hat die EU-Kommission zwei Möglichkeiten: Entweder sie übernimmt die Forderungen, oder sie muss ganz genau begründen, warum sie das nicht tut.

■ **Die Kommission ist bislang eindeutig für die Liberalisierung.**

Ja, aber durch diese Bürgerinitiative können die Gegner den Kampf mit einer neuen, guten Begründung wieder aufnehmen. Entschieden ist noch nichts – die öffentliche Aufmerksamkeit bringt mehr Gewicht in das Machtspiel. Man muss es der Kommission einfach unmöglich machen, das Anliegen der Bürgerinitiative abzulehnen.

■ **Auch, um der EU-Verdrössenheit der Bürger entgegenzuwirken?**

Ja. Wenn ich im Ministerrat sitzen würde, würde ich das unbedingt aufgreifen, damit die Unterstützer sich ernst genommen fühlen. Der Machtmochel EU distanziert sich immer weiter vom Bürger. Das ist ein bürgernahes Thema. Hier kann man die Distanz überwinden! Hier hat der Bürger gesprochen!

Interview: Carina Lechner